Er hob hervor, daß die ungeheure Masse kurzfristiger Auslandsschulden, die großenteils langfristig angelegt wurden, eine der wichtigsten Krisenursachen gewesen sei. Der Ansturm der ausländischen Gläubiger habe den Krach der Danatbank hervorgerufen. Danach sei ein neuer „Run auf Deutschland" erfolgt, mit dem Ergebnis, daß über sieben Milliarden Fremdkapitalien abgezogen worden seien. Dieser Abzug habe eine ungewöhnliche Schrumpfung des deutschen Wirtschaftskredits und weitgehende Illiquidität, sowie Angstzustände in der Wirtschaft hervorgerufen. Zum Schluß betonte der Minister, es werde nicht möglich sein, im Jahre 1933 an das Ausland Kapitalrückzahlungen zu leisten.

Aber diese theoretischen Ausführungen des Ministers genügen allein nicht. Man muß sich auch zur Wehr gegen diese dauernden Aderlässe setzen. Niemand kann von uns verlangen, daß wir mehr zahlen, als unsere Gläubiger an Waren anzunehmen bereit sind. Wir haben bisher, um die Devisen für unsere Zahlungen zu bekommen, teilweise Warenexport zu Verlustpreisen vorgenommen, also die Kosten für diesen Export durch höhere Preise auf dem Binnenmarkt wieder hereingenommen. Das heißt, wir haben dem Ausland sogar noch Geschenke zu den Zinszahlungen gemacht. Am 30. Januar beginnt in Berlin die neue Stillhaltekonferenz. Dort sollte Deutschland seinen Gläubigern klarmachen, daß es in Zukunft nur noch aus dem Ueberschuß seiner Warenausfuhr Zinszahlungen nach dem betreffenden Gläubigerland zu leisten bereit ist. Verlustexport zum Zwecke der Schuldenzahlung darf nicht mehr in Frage kommen. Denn es geht nicht nur um die Aufbringung der Devisen, sondern vor allem um die Betriebsmittel der deutschen Wirtschaft. Durch Hungerausfuhr und Zinszahlung um jeden Preis würden wir die schwachen Anfänge der Wirtschaftsbelebung nur erneut zerstören. Nicht nur in der Wehrpolitik, sondern auch wirtschaftlich muß Deutschland sich seine Gleichberechtigung erkämpfen und sich freimachen von einer Schuldknechtschaft, die man, wie die das Normale um 100 Prozent überschreitende Zinshöhe zeigt, keinem anderen Volke bieten würde.

Dr. Bracht über Verfassungsfragen

Der Reichsinnenminister im Rundfunk

Berlin, 18. Jan. Reichsinnenminister Dr. Bracht sprach am Mittwochabend aus Anlaß des Reichsgründungstages im Rundfunk. Der Minister führte unter anderem aus: Vor wenigen Tagen haben wir in stillem Gedenken uns der Stunde erinnert, in der vor zehn Jahren fremde Truppen vertragswidrig das Ruhrgebiet besetzten. Lebendig stehen vor uns jene aufwühlenden Monate, in denen eine von unbedingter Hingabe an Heimat und Vaterland erfüllte Bevölkerung ein Beispiel dafür gab,

daß bewaffnete Willkür nichts gegen entschlossenen Selbstbehauptungswillen vermag.

Aber wir wollen nicht vergessen, daß am Ende jenes heroischen Abschnittes der Nachkriegsgeschichte drohend die Gefahr des Reichsverfalles stand. Darum ist der 18. Januar kein Tag der lauten Feier, sondern ein Tag der Besinnung.

Wir wollen unter dem Druck der Sorge der Gegenwart nicht vergessen, aus welcher tiefen Niederlage sich das deutsche Volk wieder emporgearbeitet hat. An diesem Gedenktage wollen wir in Dankbarkeit auch der Tatsache gedenken, daß in den Tagen des Zusammenbruchs der Generalfeldmarschall von Hindenburg und der verstorbene Reichspräsident Friedrich Ebert — über alle Gegensätze und Vorurteile hinweg — den Mut zu dem Bekenntnis fanden: Wir sind ein Volk — und damit ihrem Volk das Reich gerettet habe. Das alte Kaiserreich, aus dem solche Männer aus den verschiedensten Schichten hervorgegangen sind, konnte nicht so volksfremd sein, wie man es heute manchmal hinzustellen versucht.

Drei Grundgedanken der Bismarckschen Reichsverfassung

kann kein wie auch immer gearteter Reichsaufbau entbehren. Zum ersten den Einheitsgedanken; er ist die Voraussetzung für den Bestand des deutschen Volkes überhaupt. Diese Einheit ist eine Selbstverständlichkeit, soweit es sich um das heutige Reichsgebiet handelt. Aber unser Einheitswille geht weiter: Wir gedenken mit heißem Herzen der Millionen von Deutschen, die durch Schicksal oder Gewalt fremde Staatsbürger geworden sind. Ihnen allen gilt unser Gruß und Treuebekenntnis! Vielen von ihnen wird der Weg ins Reich niemals zu erschließen sein. Mit vielen anderen

hoffen wir auf den Tag, auf dem durch ihre Heimkehr erst die deutsche Einheit vollendet sein wird.

Zum zweiten werden wir aus Bismarcks Werk heute und in aller Zukunft die Mitwirkung des Volkswillens bei der Willensbildung des Reiches festhalten. Die Art der Mitwirkung mag Wandlungen unterliegen; alle künftigen Geschlechter werden die in Bismarcks Werk zum erstenmal verwirklichte Erkenntnis bewahren, daß nur der Staat stark ist, den sein Volk trägt. In Bismarcks Werk liegt gleichzeitig die Lehre und Mahnung, daß dieser Volkswille um so mehr zur Geltung kommen kann, wenn gleichzeitig Vorsorge dafür getroffen ist, daß in Zeiten der Zersetzung und der Richtungslosigkeit dieses Volkswillens das Gleichgewicht des Staates nicht gestört wird.

Es war ein Meisterwerk Bismarcks, in den staatsrechtlichen Aufbau des Reiches die deutschen Bundesstaaten als Hüter der Ueberlieferung einzuschalten. Dies ist der dritte Leitgedanke seines Werkes.

Bismarck stellte neben den Willen des Gesamtvolkes den Willen des bundesstaatlich gegliederten Volkes.

In den zwei Jahrtausenden deutscher Geschichte haben wir einen fast ständigen Kampf zwischen Reichsgewalt und Einzelwillen erlebt. Bismarck hat beide Ströme eingedämmt und ihnen eine Richtung gewiesen. Die Vertretung der Nation in der Welt kann nur mit gesammelter Kraft durch die eine Reichsgewalt erfolgen, der die staatlichen Machtmittel uneingeschränkt zur Verfügung stehen müssen.

Bismarcks Werk ruhte auf einem gesellschaftlichen Untergrund, den Adel, Bürger und Bauern bildeten. Erst mit der fortschreitenden Industrialisierung bildete sich aus der Arbeiterbevölkerung ein neuer Stand. Seine Verbindung mit dem Volksganzen ist später nur zu einem geringen Teil gelungen. Sie hätte gelingen können, wenn der Geist von Bismarcks Werk in neuen Formen fortentwickelt worden wäre. Die Politik Bismarcks vor und nach der Reichsgründung zeigt einen ständigen Zusammenhang zwischen der großen nationalpolitischen Zielsetzung und dem Bemühen, alle Schichten des Volkes an dieses Ziel heranzubringen. Niemals hat ihn der Gedanke verlassen, daß das Reich nur Bestand haben kann, wenn in ihm die lebendigen Kräfte des Volkes wirken.

Die Verfassung von Weimar

hat dem Volk, das im Kriege seine Reichstreue bewiesen, souveräne Rechte gegeben. Wir stehen gegenwärtig unter dem Eindruck des Versagens dieser Verfassung. Die Rechte, die dem Volke gegeben wurden, sind von Parteien mißbraucht worden. Wenn Parteien es übernehmen, den Willen des Volkes zu vertreten, dann haben sie auch die im Sinn der Verfassung begründete Pflicht, in praktischer Arbeit an den Aufgaben des Staates teilzunehmen. Statt dessen ist durch Parteien der Wille des Volkes bei der Durchführung ausgeschaltet worden. Eine Verfassung soll das Mittel zur positiven Einordnung des Volkswillens in den staatlichen Aufbau sein — aber nicht Mittel für Parteizwecke. Aus dem Geist der Verneinung jeder Zusammenarbeit ist auch der Versuch entstanden, in kleinlichem Parteistreit die Gedenktage des 18. Januar und des 11. August gegeneinander auszuspielen. Diesen Streit lehne ich ab. Es kann kein Zweifel mehr bestehen,

daß wir eine dem deutschen Volk gemäße Form für den inneren Aufbau des Reiches noch nicht gefunden haben.

Den Weg nach besseren Formen zu suchen, bleibt ständige Pflicht aller berufenen Organe des Staates. Aber die Erinnerung an Bismarcks Werk soll uns auch wieder mahnen, daß die Konstruktion eines neuen Gebäudes nur dann Bestand haben kann, wenn es auf festen Pfeilern gegründet ist. Wir müssen lernen, auch in die einzelnen Aufgaben der Gegenwart den Willen zu einem nationalpolitischen Ziel zu pflanzen. Dieses Ziel kann nicht in der Rückkehr zur alten monarchischen Verfassung liegen. Es bildet sich aus dem Zukunftswillen des deutschen Volkes und aus dem Sehnen, das Jahrhunderte deutscher Geschichte durchlebt. Dieses Ziel ist das Reich. Alle Aufgaben, die sich Staat, Verbände und Berufsstände gestellt haben, sollen helfen, den Willen des Volkes zu einem gemeinsamen Aufbauwillen zu formen, der stark genug wird, das Gebäude des Staates zu tragen. Im Geiste dieser Aufgaben rufe ich die Deutschen auf, am Bau des Werkes der deutschen Stämme mitzuhelfen: Dem freien, starken Deutschen Reich!

v. Papen spricht zum Berliner Stahlhelm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Jan. Der Landesverband Großberlin des Stahlhelms veranstaltete am Mittwochabend eine eindrucksvolle Reichsgründungsfeier, auf der Reichskanzler a. D. von Papen die Festrede hielt. Unter den Ehrengästen befanden sich der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant Duesterberg, Kronprinz Wilhelm, Prinz Eitel Friedrich und Ministerialrat Pukaß von der Reichskanzlei. Nach dem Einmarsch der Fahnen und nachdem 300 neue Stahlhelmmitglieder verpflichtet worden waren, wurden von Jungstahlhelmern zunächst sportliche Vorführungen gezeigt. Hierauf ergriff Reichskanzler a. D. von Papen, dem starker Beifall begrüßte, das Wort. Er gab zunächst ein Bild des 18. Januar 1871 und der Kämpfe, die zur Gründung des Reiches führten. Die Größe des Bismarckschen Werkes sei in ihrem ganzen Umfange erst am Ende des Weltkrieges erkannt worden.

Hier habe sich die Bismarcksche Schöpfung in ihrer ganzen Kraft offenbart,

als sie die größte Belastungsprobe der Geschichte bestanden habe, trotzdem die Revolution ihr den Grundpfeiler der monarchischen Staatsform entriß und das zentralistische Kompromiß von Weimar die Voraussetzungen zerschlug, unter denen die deutschen Bundesstaaten das Reich gegründet hatten. Der Redner betonte dann weiter, daß die „Deutsche Frage" heute wieder im Mittelpunkt der europäischen und damit der Weltpolitik stehe. Der Eiserne Kanzler habe seinerzeit mit dem König von Preußen zusammen den Widerstand des Parlaments gegen die Wehrhafthaltung des Landes brechen müssen. Hindenburg werde die Autorität der Regierung gegenüber der Parteiwirtschaft wieder herstellen, und unter seiner Führung würden wir, wie es der Reichswehrminister am Sonntag verkündet habe, auch die Gleichberechtigung Deutschlands, die Allgemeine Wehrpflicht, uns wieder erkämpfen. Die Voraussetzung aber für die Wiedergewinnung unserer äußeren Freiheit sei

die Wiederherstellung einer starken politischen Front, die nicht aus einzelnen Ständen und Parteien, sondern aus allen aufbauwilligen Kräften des Volkes zu schmieden sei.

Ohne den deutschen Arbeiter und ohne die deutsche Jugend sei das neue Reich nicht zu bauen. Zum Schluß seiner Darlegungen rief Herr von Papen zur Bildung dieser Front auf, die vom Geist der alten Armee, von Dienst und Pflicht und Unterordnung unter das Ganze getragen sein müsse. — Mit dem Gesang des Deutschlandliedes fand die Veranstaltung ihren Abschluß.

Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe

Berlin, 18. Januar. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wiederholte am Mittwoch Reichsarbeitsminister Dr. Syrup seine bereits vor dem Haushaltausschuß abgegebenen Mitteilungen über den Stand der Sozialversicherung.

Er erklärte darüber hinaus, daß die Reichsregierung in den nächsten Tagen ihre Entscheidungen zur Frage einer Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge treffen werde.

In Ergänzung dieser Ausführungen erklärte ein Regierungsvertreter, daß der Mitgliederbestand in der Krankenversicherung seit 1929 von 22,8 auf etwas über 18 Millionen gesunken sei. Am höchsten gefährdet sei die Lage der Invalidenversicherung. Sehr schwere Sorgen bereite auch die Knappschaftsversicherung. In der Arbeiterpensionskasse sei die Mitgliederzahl auf fast die Hälfte gesunken. Im vergangenen Jahre seien Reichszuschüsse in Höhe von 95 Millionen RM. notwendig gewesen.

Ministerialdirektor Dr. Weigert betonte, daß man nie beabsichtigt habe, durch die Arbeitslosenversicherung das ganze Risiko der Arbeitslosigkeit zu decken. Man sei deshalb 1927 von einem bestimmten Risiko ausgegangen und habe für anormale Zeiten die Krisenfürsorge danebengestellt. Die Kalamität sei dadurch entstanden, daß die Krisenfürsorge nicht so entwickelt worden sei, wie es diesem Gedanken entsprochen hätte. Prophezeiungen für 1933 seien außerordentlich schwierig, besonders jetzt im Anfang des Jahres. — Der Ausschuß trat dann in eine Aussprache über die Arbeitslosenhilfe ein.

Unter Ablehnung eines weitergehenden sozialdemokratischen Antrages wurde folgender gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei, der Christlichsozialen und der Nationalsozialisten angenommen:

„Bei den Maßnahmen zur Sicherstellung einer geordneten Arbeitslosenhilfe ist unter allen Umständen der grundsätzliche Charakter einer selbständigen Arbeitslosenversicherung, sowie auch eine organische Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Arbeitsvermittlung aufrechterhalten."

Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme, weil sie ihre Entscheidung nicht treffen wollten, ohne die genauen Absichten der Regierung zu kennen. — Die übrigen Anträge zur Arbeitslosenhilfe, sowie die Anträge zur Sozialversicherung sollen am Donnerstag behandelt werden.

Die Frage eines Ostlocarno

Berlin, 18. Jan. Das Havas-Büro hat sich aus Berlin melden lassen, Reichsaußenminister v. Neurath habe erklärt, daß „die Reichsregierung bei dem augenblicklichen Stand der Dinge nicht daran denke, selbst die Initiative zu einem Antrage auf Revision der Ostgrenzen Deutschlands zu ergreifen". Er habe hinzugefügt: Wenn Deutschland in Genf aufgefordert würde, neue Verträge hinsichtlich seiner Grenze mit Polen zu unterzeichnen, würde es diesem Antrage seinen Willen entgegensetzen, diese Grenze nicht anzuerkennen und daran zu erinnern, daß Deutschland ihre Revision zu erreichen wünsche. — Von Berliner zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß der Außenminister diese Erklärung nicht abgegeben habe, die jedoch dem Standpunkt der Reichsregierung entspreche.

Der Reichskommissar-Untersuchungsausschuß

Berlin, 18. Jan. Der auf sozialdemokratischen Antrag eingesetzte Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags zur Nachprüfung der Vorgänge, die zur Einsetzung des Reichskommissars in Preußen geführt haben, hielt am Mittwochabend seine konstituierende Sitzung ab. Vorsitzender des Ausschusses ist Dr. Nicolai (Natsoz.). Zum Berichterstatter wurde bestimmt Staatsminister a. D. Abg. Grzesinski (Soz.), zum Gegenberichterstatter Abg. Brückner (Natsoz.). Der Vorsitzende wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit den Berichterstattern den Beratungsplan aufzustellen und den Termin der nächsten Sitzung festzusetzen.

Der Vollstreckungsschutz in Kraft

Berlin, 18. Jan. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht heute die „Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung" vom 17. Januar 1933.

Der Reichslandbund gegen die Regierung

Rede des Präsidenten Willikens

Breslau, 18. Jan. Auf dem Schlesischen Landbundtage in Breslau hielt am Mittwoch der Präsident des Reichslandbundes, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Willikens, eine Rede, in der er unter anderem ausführte: Wir müssen verlangen, nicht auf Interessentenwünschen, sondern um der gesicherten Zukunft des Volkes willen die Abkehr von dem Wahn der Erhaltung unseres Volkes durch Begünstigung der Ausfuhrwirtschaft zu Lasten des Binnenmarktes.

Wir erleben nicht eine vorübergehende konjunkturelle Weltwirtschaftskrise, sondern wir stehen in einer Strukturwandlung des Weltmarktes.

Die Ankurbelung der Wirtschaft hat nicht über die Ausfuhrindustrie, sondern über die Gesundung des Binnenmarktes zu gehen. Ein Kanzler wie Herr v. Schleicher, der sich selbst Wochen nach Antritt seines Amtes noch nicht klar darüber gewesen ist, welchen von den beiden Wegen er gehen solle, ist bestimmt kein Führer aus deutscher Not. Die große Frage, die gerade von landwirtschaftlicher Seite her zu lösen ist, ist die Frage der Arbeitsbeschaffung. Dem, was bisher über den Arbeitsbeschaffungsplan der Reichsregierung bekannt geworden ist, ist vor allem entgegenzuhalten, daß in ihm viel zu ausschließlich als Träger der Arbeiten öffentlich-rechtliche Körperschaften bestimmt sind, die nach allen Erfahrungen der Vergangenheit viel zu sehr geneigt sind, die ihnen zugewiesenen Mittel für unproduktive Anlagen anzuwenden, da sie in der Lage sind, die Verzinsung und Amortisierung von sich auf die Steuerzahler abzuwälzen. — Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist die Siedlung.

Selbstverständlich ist für uns die Forderung, daß jeder Siedlung die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft voranzugehen hat.

Die heutige Siedlung ist und war in dieser Beziehung ein Verbrechen an den Angesiedelten. So sehr wir von der Notwendigkeit der Siedlung im allgemeinen und besonders im deutschen Osten durchdrungen sind, können wir den heutigen Machthabern nicht das Recht zuerkennen, ohne Kontrolle darüber zu entscheiden, wer von seinem Besitze gehen soll, um ihn zur Siedlung freizumachen.

•

Auf einer Landkundgebung in Güstrow sprach am Reichsgründungstag vor etwa 250 Landwirten der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, über den Kampf der Landwirtschaft.

Vorstandssitzung des Industrie- und Handelstages

Berlin, 18. Jan. Der Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages trat heute unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Grund zu einer Sitzung zusammen, die sich zunächst eingehend mit den schweren Notlageerscheinungen im Einzelhandel beschäftigte. Im übrigen ergab die Besprechung der wirtschaftspolitischen Lage, daß manche Anzeichen auf eine Milderung der Krise hindeuten. Es müsse aber unter Zurückstellung innerpolitischer Machtkämpfe von der Wirtschaft

alles ferngehalten werden, was das Vertrauen in die Stabilität der Verhältnisse und damit die möglichst starke Entfaltung der privatwirtschaftlichen Kräfte störe.

Hierzu sei es unerläßlich, daß die seit einigen Monaten eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Grundlinien klar und sicher weiterverfolgt werden. Hierzu gehöre auch, daß die deutsche Handelspolitik die Wege der deutschen Ausfuhr offenhalte.

Die Notlage der Künstler

Berlin, 18. Jan. Der Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit nahm am Mittwoch einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Der Reichswirtschaftsrat weist die Reichsregierung erneut auf die große Notlage der Künstlerschaft hin, die im Interesse der Beteiligten wie insbesondere um die deutsche künstlerische Kultur nicht in Gefahr geraten zu lassen, der Abhilfe bedarf. Der Reichswirtschaftsrat ersucht die Reichsregierung: zu prüfen, ob durch Zuführung besonderer Mittel und durch andere geeignete Maßnahmen der Notlage abgeholfen werden kann, oder im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Beschäftigung brachliegender künstlerischer Kräfte zu sichern."

Revision im Hummelprozeß

Freiburg i. Br., 18. Januar. Staatsanwaltschaft und Verteidigung haben gegen das Urteil im Hummelprozeß (Daubmann), in dem der Schneider Hummel wegen seiner Daumbmann-Schwindeleien zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, Revision beim Reichsgericht angemeldet.